

# Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“ und „Illustrierte Unterhaltungsbeilage“.

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Dar-es-Salaam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Urdi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Dar-es-Salaam  
15. März 1913  
Zweimal  
wöchentlich.

## Bezugspreis:

Die Dar-es-Salaam-Beilage kostet 1 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas 2 Mk. Die Dar-es-Salaam-Beilage kostet 1 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas 2 Mk. Die Dar-es-Salaam-Beilage kostet 1 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas 2 Mk.

## Anzeigengebühren:

für die 5-gelappte Zeile 35 Heller oder 50 Hg. Mindestzeit für eine Annonce 2 Wk. oder 3 Mt. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigen wird eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle in Dar-es-Salaam und das Büro, Berlin, W. 93, Wilmersdorferstraße 11, sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditionen entgegen.

Geschäftsstelle in Dar-es-Salaam: Telegramm-Adresse: Zeitung Dar-es-Salaam.  
Büro in Berlin: W. 93, Wilmersdorferstraße 11.

Jahr-  
gang IV.

Nr. 22

Der Abdruck unserer Originalartikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.

## Berliner Telegramme.

### Die neue große Heeresvorlage und ihre Deckung

Berlin, 12. März (W. Z.). Die leitenden Minister und die Finanzminister der Bundesstaaten erkannten einstimmig die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Heeresverfärbung an.

Allgemeine Zustimmung fand desgleichen die Erhebung einer einmaligen Abgabe vom Vermögen zur Deckung der einmaligen Kosten.

Bezüglich der fortlaufenden Ausgaben wurden Grundzüge für Besteuerung des Besitzes und sonst erforderlicher Steuern vereinbart.

### Verständigung zwischen Oesterreich und Rußland.

Berlin, 12. März (W. Z.). Ein Communiqué kündigt Herabsetzung der Truppenstärken Oesterreichs in Galizien auf den normalen Stand und die Entlassung der russischen Reservisten an.

### Erfolg des türkischen Kreuzers „Samidieh.“

Berlin, 14. März (W. Z.). Der türkische Kreuzer „Samidieh“ beschloß Dorazzo und Giovanni di Medina und beschädigte vier griechische Transportschiffe schwer.

### Ginverständnis der Balkanstaaten mit den Vorschlägen der Großmächte.

Berlin, 14. März (W. Z.). Die Balkanstaaten nehmen die Mediation der Großmächte unter folgenden Bedingungen an: „Grenzfürze Rodosto-Kap Malaca mit Ausschluß der Halbinsel Galipoli, die der Türkei verbleiben soll, Abtretung der ägäischen Inseln“. Ferner Desinterressement bezüglich Kretas und prinzipielles Zugeständnis einer Kriegsschadigung zugestanden.

### Türkische Erfolge bei Tschataldscha.

Berlin, 14. März (W. Z.). Die Türken melden erfolgreiche Kämpfe bei Tschataldscha.

## Die jüngste Entwicklung des britischen Imperialismus.

Von Albrecht Freiherrn v. Woellwarth (London).

II.

Die Schwierigkeit besteht darin, eine geeignete Basis zu finden, auf der den Dominions eine angemessene Stimme in der Leitung der auswärtigen Politik gegeben werden kann. Eine solche Möglichkeit erblickt nun die kanadische Regierung in dem Reichsverteidigungsausschuß (Imperial Committee of Defence). Der Ausschuß ist zweckmäßig zusammengesetzt. Er besteht aus dem englischen Premierminister, der den Vorsitz führt, und denjenigen Persönlichkeiten, die er zur Teilnahme auffordert. Tatsächlich nehmen sämtliche Mitglieder des Kabinetts an seinen jeweiligen Beratungen teil, und gewöhnlich sind die wichtigeren Ressorts der Regierung vertreten, außerdem die leitenden Männer von Heer und Marine. Von Fall zu Fall werden Sachverständige, die dem Ausschuß nicht eigentlich angehören, zugezogen. Der Ausschuß ist weder verfassungsgemäß noch tatsächlich dem

Parlament verantwortlich. Da aber die wichtigeren Mitglieder des Kabinetts zum Ausschuß gehören, so finden seine Beschlüsse gewöhnlich die Zustimmung des Kabinetts und bedürfen so der Unterstützung der Unterhausmehrheit. Der Ausschuß hat sich bei dem engen Zusammenhang, in dem die Reichsverteidigung mit der auswärtigen Politik steht, notwendigerweise mit ihren Fragen zu befassen. Nun wünscht Kanada ein Mitglied seines Ministeriums als ständigen Vertreter auf den Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses in London zu haben. Entsprechend dieser Anregung Kanadas hat die englische Regierung in den ersten Tagen des Jahres 1913 durch das Kolonialamt bekannt geben lassen, daß sie die autonomen Dominionen, also Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland einlädt, bei den Beratungen des Reichsverteidigungsausschusses sich vertreten zu lassen. Als Sir Edward Grey letztes Jahr in eingehender Weise der Reichskonferenz die Fragen der auswärtigen Lage auseinandersetzte, hat er in gewisser Weise einen Präzedenzfall geschaffen, der für die weitere Entwicklung maßgebend war. Es würde kein bedeutsamer Schritt auf dem Gebiet der auswärtigen Politik getan, ohne daß die Vertreter der Dominionen davon Kenntnis hätten und dazu Stellung nehmen könnten. Damit scheint für eine Frage, die zu der neueren Entwicklung des Imperialismus immer mehr in den Vordergrund getreten ist, eine Möglichkeit der Lösung gegeben.

Man hatte sich in England in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts im wesentlichen mit dem Gedanken abgefunden, daß eines Tages die mehr und mehr mündig gewordenen britischen Siedlungskolonien wie seinerzeit die Vereinigten Staaten ihre tatsächliche Trennung vom Mutterland vollziehen würden. Disraelis Imperialismus hatte mehr die Erhaltung Indiens und der Kronkolonien im Auge. Den indischen Kaisertitel legte er der Krone Englands bei. Die Behauptung dieses Besitzes ist aber ausschließlich eine Frage der politischen und maritimen Macht.

Zum erstenmal hatte Sir Charles Dille in seinem Buch vom „Großbritannien“, das 1869 erschien, gegen die Resignation, mit der man der Emanzipation der Kolonien gegenüberstand, Front gemacht. Seine Ideen hatten in der politischen Literatur der folgenden Zeit fortgewirkt und im Jahre 1884 zu der Gründung der Imperial Federation League geführt. Diese Bewegung war einerseits eine Reaktion auf den kosmopolitischen Liberalismus des Manchesterismus, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts jahrzehntelang das politische Denken beherrschte. Andererseits war dieser Imperialismus die Rückwirkung des Sieges der nationalen Idee auf dem Festland. Besonders gefördert aber wurde diese Wandlung durch die koloniale Expansionspolitik der festländischen Großmächte. Im selben Jahr war Deutschland in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten. Es ist nicht uninteressant, sich an dieses Zusammentreffen zu erinnern, wenn wir heute den Beitritt der Dominionen zu den maritimen Rüstungen des Britischen Reiches als eine Antwort auf das Wachstum der deutschen Flotte sehen.

Als die wesentlichen Ziele der League wurde damals die Zusammenfassung der Hilfsquellen des Reiches zur Aufrechterhaltung der gemeinsamen Interessen und die Vorsorge für Verteidigung gemeinsamer Rechte hingestellt. Es traten also von Anfang an wirtschaftliche und wehrpolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund. In demselben Jahre wie die Imperial Federation League war auch die Fair Trade League gegründet worden, die gegen die wirtschaftspolitischen Doktrinen des Manchesterismus kämpfte und einen Vorläufer der neuen schutzöllnerischen Agitation bedeutete. Mit ihr verschmolz sich die wirtschaftliche Richtung der Imperial Federation League, und das hatte den Widerspruch der imperialistischen Freihändler und im Jahre 1893 die Auflösung der Imperial Federation League zur Folge. Die von ihr propagierten Ideen nahmen aber zwei neu-

gegründete Vereine, die United Empire Trade League und das Imperial Federation Defence Committee auf. Die United Empire Trade League strebte einen großbritischen Zollverein an — das deutsche Wort ist in den englischen Sprachgebrauch aufgenommen worden — während die andere Schule für die Gründung eines Reichswehverbundes eintrat.

Das Programm der Schutzöllnbewegung sah neben Schutzölllen Differentialzöllle im Verkehr Englands mit den Kolonien vor, wie sie bis zum Uebergang Englands zum Freihandel üblich gewesen waren. Dies entsprach dem Interesse und den Wünschen der Kolonien; schon 1880 war Kanada dafür eingetreten. Auf der Kolonialkonferenz von 1897 befürwortete der Kolonialstaatssekretär Chamberlain die Gründung eines allbritischen Zollvereins mit Freihandel im Innern und Schutzölll nach außen hin. Darauf konnten die Kolonien nicht eingehen; sie brauchten Zollschutz für ihre jung aufstrebenden Industrien und waren nicht geneigt, auf diesen wesentlichen Teil ihrer Staatseinnahmen zu verzichten. Dagegen schlug Kanada die Einführung von Differentialzölllen zugunsten des Mutterlandes vor und wünschte dafür die Aufhebung der Meistbegünstigungsverträge Englands mit Belgien und Deutschland. Damit erklärte sich England einverstanden, und nach Kündigung dieser Verträge folgte Australien, Neuseeland und die südafrikanische Union dem Beispiel Kanadas in der Einführung von Differentialzölllen.

Chamberlain trat 1903 vom Kolonialamt zurück und widmete sich ganz der Agitation für sein Programm, das aber dadurch ganz zur Parteisache wurde. In der konservativen Partei wurden die freihändlerischen Elemente immer mehr zurückgedrängt. Aber die Wahlen von 1906 ergaben eine vernichtende Niederlage der Konservativen, und trotz ihrer Erfolge in den Wahlen von 1910 war es ihnen noch nicht möglich, die Mehrheit zurückzuerlangen. Bei der schweren Erschütterung, die diese Partei gegenwärtig durchmacht, sind ihre Zukunftsaussichten aufs neue erheblich getrübt. Die neue liberale Regierung gab Kanada die Zustimmung zur selbständigen Regelung seiner Handelsvertragspolitik, die noch 1895 das liberale Kabinet Lord Roseberys verweigert hatte. Daraufhin schloß Kanada einen Handelsvertrag mit Frankreich und handelspolitische Abkommen mit Deutschland und den Vereinigten Staaten, ja es plante sogar, das letztere zu einem handelspolitischen Gegenständigkeitsverhältnis auszubauen. Die Wahlen von 1911 brachten aber eine Niederlage der liberalen Regierung, und damit war dieser Plan gescheitert. Diese Zollpolitik kam natürlich in erster Linie der Entwicklung der eigenen Industrie zugute, aber zweifellos haben die Vorzugszöllle auch dem englischen Handel Vorteil gebracht.

Der Imperialismus als politische Idee hat seit seinem Entstehen eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Er ist im Mutterland entstanden und hatte ein ausgesprochen zentralistisches Gepräge. Seine Forderung der Loyalität gegen das Mutterland mußte zu Konflikten mit dem Wünsche der Kolonien führen, ihre Selbständigkeit zu wahren. Es hatte sich in Kanada am frühesten ein ausgesprochen kanadisches Nationalbewußtsein herausgebildet, daß schon den Namen Kolonie vermeiden und durch „Dominion“ ersetzt wissen will. Während Kanada schon 1867 zu einem Bundesstaat vereinigt wurde, erfolgte der Zusammenschluß der sechs australischen Staaten zum Commonwealth erst im Jahre 1901.

Den stärksten Widerhall fand der Imperialismus zunächst in Südafrika, wo er namentlich in Cecil Rhodes einen mächtigen Führer fand. Er erstarkte am Gegensatz zu den Burenrepubliken. Als dieser zum Krieg führte, war auch die Zeit gekommen, wo in Kanada und Australien ein starkes Gemeingefühl mit dem bedrängten Mutterland und der Schwesterkolonie erwachte. Man sandte Freiwilligenkorps nach dem Kriegsschauplatz, und ihre militärische